



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0050/2024		Datum: 23.02.2024	
Dezernat 2			
Verfasser:	31-Ordnungsamt	Az.: 31.20.01/Lo	
Betreff:			
Bericht über das Integrationskonzept			
Gremienweg:			
13.03.2024	Fachausschuss der Ämter 31 (Ordnungsamt) und 37 (Amt für Brand- und Katastrophenschutz) TOP öffentlich	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen <input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis vertagt <input type="checkbox"/> Gegenstimmen
			<input type="checkbox"/> ohne BE abgesetzt geändert

Unterrichtung:

Das 2007 erstellte Integrationskonzept wurde mit großer bürgerschaftlicher Beteiligung und mit Unterstützung der IMAP GmbH komplett überarbeitet und als strategisches Integrationskonzept neu aufgestellt. Am 30.06.22 erfolgte die einstimmige Beschlussfassung über die Einsetzung des neuen Konzeptes im Stadtrat. Für die Notwendigkeit einer neuerlichen Überarbeitung dieses Konzeptes werden noch keine Anhaltspunkte gesehen.

Im Integrationskonzept erklärt die Stadt Koblenz ihre Verantwortung für eine gelingende lokale Integrationsarbeit unter Übernahme einer Koordinierungs-, einer Gestaltungs- und einer Dienstleistungsfunktion. Vier Handlungsschwerpunkte mit Zielen, das Handlungsfeld Ehrenamt inbegriffen, sind festgelegt.

Bei der Umsetzung des Konzeptes zeigt sich, dass nach dem Wegfall (2022) der 2015 eingerichteten Stelle einer Ansprechperson für ehrenamtlich Engagierte in der Integrationsarbeit mit Zugewanderten, das Handlungsfeld Ehrenamt, nicht zufriedenstellend bearbeitet werden kann. Das Ehrenamt soll als wichtige Säule der Integrationsarbeit wertgeschätzt und unterstützt werden. Bessere Information der Zielgruppe sowie der Akteure im bürgerschaftlichen Engagement ist gefordert. Es fehlt ein zentraler Ansprechpartner für Aktive, für die Akquise neuer interessierter Personen sowie die Schulung und Vernetzung von ehrenamtlich Engagierten in der Integrationsarbeit. Die städtische Beratungsstelle IKOKO bedarf der hauptamtlichen Begleitung und die Anerkennungskultur soll gefördert werden.

Auch das Handlungsfeld „Flüchtlingsarbeit“ wird durch die sinkende Zahl der aktiv Helfenden in Mitleidenschaft gezogen. Das Integrationskonzept gibt an: Asylbewerbende und Geflüchtete werden in Koblenz bestmöglich aufgenommen, orientiert, betreut und begleitet. Dies kann bei den hohen Zuzugs- und Zuweisungszahlen von den städtischen Sozialarbeitenden nicht allein geleistet werden. Um den Bedarf ehrenamtlichen Engagements zu erhöhen und Menschen im Rahmen des Ehrenamtes zu motivieren und zu unterstützen, sollte eine hauptamtliche Ansprechperson eingesetzt sein.

Dies ist auch das Ergebnis der Arbeitskreise zu den vier Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes. Zur Förderung der Transparenz über städtische Angebote und Möglichkeiten wird zudem eine fortlaufend aktualisierte Internetdarstellung benötigt.

Aufgaben eines neuen „Ehrenamtskoordinierenden“ können sein:

- Informationen vermitteln und auf der städtischen Website aufbereitet einstellen. Dabei sollen Verlinkungen mit entsprechenden externen Seiten eingearbeitet werden. Mögliche Themen: Beratungsstellen/ Ratgeber, Veranstaltungen im Kontext Migration/ Integration, Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration, Dolmetschen, Spenden, Gesundheit, Kinder/Schule, Studium, Fördermittel usw.
- Öffentlichkeitsarbeit und Akquise neuer aktiver Personen.
- Vernetzung der haupt- oder ehrenamtlich Tätigen.
- Die Betreuung der Integrationskoordinierungsstelle Koblenz (IKOKO). Einbindung und Schulung neuer aktiver Personen.
- Zentrale Ansprechperson für ehrenamtlich Tätige zum Thema Migration/Integration zur Unterstützung.
- Organisation von Schulungen/ Vorträgen/ Workshops zu relevanten Themen.
- Organisation monatlicher Stammtische inklusive Informationsinput und Zeit für Austausch und Vernetzung der aktiven Personen.
- Förderung der Anerkennungskultur und Organisation der Verleihung der Integrationsehrennadel.

Hintergrund:

Während 2007 bei der Verabschiedung des 1. Integrationskonzeptes 9,1 % der Stadtbevölkerung keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten und der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei etwa 20 % lag, haben nun 17,7 % der Menschen keine deutsche Staatsangehörigkeit und 36 % der Koblenzerinnen und Koblenzer haben einen im Einwohnermeldesystem erkennbaren Migrationshintergrund. Integrationsarbeit ist unverzichtbar für die Stadtgesellschaft und ist auf vielseitiges bürgerliches ehrenamtliches Engagement angewiesen, um erfolgreich zu sein. Die Integrationsbeauftragte hat alle Handlungsfelder der Integrationsarbeit abzudecken, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und ist Ansprechpartnerin für alle Belange der Thematik Integration innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Eine vollumfängliche Übernahme der Aufgaben des Handlungsfeldes Ehrenamt sowie der Aufbau und die Pflege eines umfangreichen Internetauftritts kann daher nicht geleistet werden.

Finanzielle Auswirkungen: keine.